

Medieninformation vom 02.11.2012

Energiegipfel in Berlin

- BID fordert integriertes Gesamtkonzept zur Energiewende

Berlin – Die Ministerpräsidenten der Länder werden heute bei Bundeskanzlerin Merkel auf einem weiteren „Energiegipfel“ die Umsetzung der Energiewende besprechen. „Wir brauchen jetzt ein integriertes Energie-Gesamtkonzept. Es darf nicht länger nur punktuell an Stellschrauben herumgedreht werden“, forderte dazu Walter Rasch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) und Präsident des BFW.

Die Immobilien- und Wohnungswirtschaft trägt mit der energetischen Gebäudesanierung bereits in hohem Maße zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung bei. Sie schafft und sichert damit Arbeitsplätze, investiert und generiert Steuereinnahmen für die öffentlichen Kassen.

Allerdings sind weitere Verschärfungen der gesetzlichen Anforderungen, etwa in der Energieeinsparverordnung (EnEV), technisch und finanziell kaum noch tragbar oder gesellschaftlich vertretbar. Auf technischer Seite wird es immer schwieriger, die verschärften Anforderungen der EnEV im Neubau mit anderen normativen Anforderungen zu vereinbaren. Finanziell sorgen höhere Aufwendungen beim Wärmeschutz für steigende Mieten und Kaufpreise, was dazu führt, dass der Neubau nahezu ausschließlich im hochpreisigen Segment stattfindet. Dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird dadurch immer knapper. Die Situation in den deutschen Ballungszentren belegt aber aktuell, dass insbesondere bei diesen Menschen eine enorme Nachfrage besteht.

„Es ist kontraproduktiv, zu viel zu fordern und nicht adäquat zu fördern. Die Energiewende ist politisch gewollt und muss gesellschaftsverträglich umgesetzt werden. Der Staat muss daher dort unterstützen, wo sich durch verschärfte Anforderungen unverhältnismäßig hohe Preise ergeben“, erklärte Walter Rasch und warnt davor, dass Bauen und Wohnen in Deutschland kein Luxus werden dürfe.

„Für die Immobilienwirtschaft ist es wichtig, dass Förderprogramme das Wirtschaftlichkeitsgebot berücksichtigen und technikoffen sind. Jede Immobilie ist einzigartig und bedarf einer individuellen Anpassung, um optimale Lösungen zu finden. Die steuerliche Abschreibungsmöglichkeit der energetischen Sanierung wäre auf finanzieller Ebene daher ein wirkungsvoller Anreiz, um die energetische Sanierung weiter voran zu bringen und innovative Lösungen zu generieren. Die Politik muss dies in ihren Konzepten stärker berücksichtigen“, so Walter Rasch.

Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist ein Zusammenschluss aus den Verbänden BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA. Mit der BID sind die wichtigsten Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter ein Dach getreten, um mit gebündelten Kräften gemeinsame inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:

Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 – 110

Fax +49 (0)30 32781 – 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss